

## Referendum gegen Lockerung der Ladenöffnungszeiten im Kanton Luzern kommt zustande

01.04.2026, 10.00 Uhr / Bericht Luzerner Zeitung Reto Bieri

Ein Komitee hat mehr als 4000 Unterschriften gegen das gelockerte Ladenschlussgesetz gesammelt. Gewerkschaften und Detaillisten wehren sich damit gegen einen Parlamentsbeschluss.

Exklusiv für Abonnenten

Das Referendum gegen das gelockerte Ladenschlussgesetz ist zustande gekommen. Am Mittwochmorgen hat das «Komitee zum Schutz des lokalen Detailhandels» die Unterschriftenbögen im Regierungsgebäude übergeben. Beteiligt sind der Luzerner Gewerkschaftsbund, der kantonale Detaillistenverband (DVL) sowie die Gewerkschaft Unia. Unterstützt haben die Sammlung zudem die SP und die SVP.



Ausgelöst wurde die aktuelle Debatte von einem Entscheid der Luzerner Regierung, dass Hofläden früher schliessen müssen.

Bild: Jakob Ineichen

Mehr als 4000 Unterschriften haben sie gesammelt, nötig gewesen wären 3000. Das Thema brennt den Leuten offensichtlich unter den Nägeln. «Beim Unterschriftensammeln waren viele Leute über die Ladenöffnungs-Zwängerei genervt, und dass der Wille der Bevölkerung nicht akzeptiert wird», sagt Marcel Budmiger, Geschäftsleiter des Gewerkschaftsbunds (LGB) und SP-Kantonsrat. Dazu muss man wissen: Seit 2006 sind vier Versuche an der Urne gescheitert, in Luzern die Ladenöffnungszeiten zu liberalisieren. Auch die kommende Abstimmung, die voraussichtlich im September stattfindet, dürfte damit einen schweren Stand haben.

### Schritt zum Einkaufen rund um die Uhr

Das Referendum richtet sich gegen einen Entscheid des Kantonsrats, der in der Januarsession Lockerungen für Selbstbedienungsgeschäfte und Tankstellenshops beschlossen hatte. «Das Fuder wurde überladen», kritisiert Marcel Budmiger. Neu sollen nebst Tankstellenshops auch an Elektroladestationen angeschlossene Läden von 5 bis 22 Uhr sowie am Wochenende öffnen dürfen. «Das bedeutet eine massive Ausdehnung der Sonntagsarbeit und damit eine Belastung für das Personal», so Budmiger. «Diese massive Ausdehnung der Öffnungszeiten stösst bei der breiten Bevölkerung auf Unverständnis», sagt Caroline Rey, LGB-Präsidentin und SP-Kantonsrätin. Die Revision sei ein weiterer Schritt in Richtung Einkaufen rund um die Uhr.



Das Komitee übergibt die rund 4000 gesammelten Unterschriften vor dem Regierungsgebäude.

Bild: Pius Amrein (Luzern, 1.4.2026)

Neu sollen zudem Selbstbedienungsgeschäfte mit einer Verkaufsfläche von höchstens 30 Quadratmetern vom Ladenschlussgesetz ausgenommen werden. «In diesen Containern werden keine jungen Berufsleute ausgebildet, so wie es die Detaillisten machen», kritisiert Rolf Bossart, DVL-Geschäftsführer und SVP-Kantonsrat. «Es kann nicht sein, dass neben einer Bäckerei oder Metzgerei ein Selbstbedienungsladen steht, der dann abends bis um 22 Uhr geöffnet sein darf.» DVL-Präsidentin Martina Stutz fügt an: «Die Bevölkerung schätzt die persönliche Beratung im Detailhandel.» Dorfläden seien mehr als Verkaufsorte, sondern soziale Treffpunkte. «Genau diese Strukturen werden durch die geplante Gesetzesrevision unter Druck gesetzt.»

#### «Hofläden sollen auf dem Hof bleiben»

Budmiger weist darauf hin, dass auch Selbstbedienungsläden Personal benötigen, etwa für die Reinigung, zum Auffüllen oder Sicherheitspersonal. «Wenn man Tankstellenshops und Containerläden fördert, verschwinden die Detailhändler früher oder später», so Budmiger. Das wolle weder das Verkaufspersonal noch die Kundschaft. Das Bedürfnis, abends möglichst lange einzukaufen, werde von den Liberalisierungsbefürwortern herbeigeredet.

Auslöser für das gelockerte Ladenschlussgesetz ist ein umstrittener Beschluss der Regierung vor zwei Jahren, die Hofläden diesem zu unterstellen. Seither müssen sie um 19 Uhr schliessen. «Statt nur diesen Entscheid zu korrigieren, haben die Liberalisierungsbefürworter die Gunst der Stunde genutzt und das Gesetz überladen», moniert Rolf Bossart, «und damit Tür und Tor für weitere Tankstellenshops geöffnet.» Er betont, man habe nichts gegen Hofläden, sondern Hand geboten für einen Kompromiss. «Wir wollen einfach, dass die Hofläden auf dem Hof bleiben und lokale Produkte verkaufen.» Parallel zum Abstimmungskampf wolle man sich dafür einsetzen, für die Hofläden eine Regelung zu schaffen. «So, wie wir es von Anfang vorgeschlagen haben.»